

Dr. Jan Restat  
Langwedeler Str. 21 B  
28307 Bremen  
Tel. 0421/401953

Kandidat der Partei DIE LINKE für die Bremische Bürgerschaft  
Vorstandssprecher des Kreisvorstandes DIE LINKE Bremen Mitte-Ost

**Sehr geehrter Herr Reiners, sehr geehrte Aktive im Netzwerk Grundeinkommen,**

vielen Dank für Ihre Anfrage! Ich habe es für das Bremer Wahlkampfteam übernommen, mich mit Ihren Anfragen und Anliegen zu befassen und die Antworten zu formulieren.

Generell hatte ich dabei das folgende Problem: Im Prinzip beziehen sich Ihre Fragen auf bundespolitische Themen: Bedingungsloses Grundeinkommen, Folgen der Digitalisierung, Volksabstimmungen im Bund etc. Zu den meisten dieser Fragen gibt es keine spezifischen Äußerungen oder Beschlüsse oder Fraktionstätigkeiten der Bremer LINKEN. Sie spielen auch keine eigenständige Rolle in unserem Bremer Landtagswahlkampf. Insofern kann ich Ihnen zu den spezifischeren Fragen wie Enquete-Kommissionen, Bundes-Volksabstimmungen, dem Digitalen Wandel etc. keine geeinten oder ausgearbeiteten Positionen des Bremer Landesverbandes übermitteln.

Für die Bremer LINKE gilt: es gibt einige Aktive in der LINKEN, die sich sehr entschieden fürs Grundeinkommen einsetzen. Die (soweit ich sehen kann) große Mehrheit findet das Konzept nicht unsympathisch, ist aber aus verschiedenen Gründen zurückhaltend, daraus eine konkrete politische Forderung der LINKEN zu machen.

Auf Bundesebene ist das Parteiprogramm der LINKEN maßgeblich, welches zu den folgenden von Ihnen angefragten Themen konkrete Aussagen macht:

**Kindergrundsicherung:**

„DIE LINKE streitet für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen, die Kinder- und Jugendarmut verhindert, allen Kindern und Jugendlichen gute Teilhabe- und Entfaltungsmöglichkeiten bietet und vor Ausgrenzungen und Diskriminierungen schützt“ (Parteiprogramm, S. 44).

Dafür setzen wir uns auch im Bremer Wahlprogramm 2019 ein:

„Arme Familien müssen endlich am stärksten unterstützt werden, und die staatlichen Leistungen müssen mit zunehmendem Familieneinkommen sinken. Daher setzen wir uns, ebenso wie der PARITÄTISCHE Bremen, für eine sanktionsfreie Kindergrundsicherung auf Bundesebene ein, die derzeit 619 Euro betragen muss und allen Kindern aus ärmeren Familien voll zustehen sollte. Die Kindergrundsicherung soll mit steigendem Elterneinkommen sinken bis auf die Mindestsumme des heutigen Kinderfreibetrages. So hat kein Kind weniger als heute, aber die, die am meisten Unterstützung brauchen, sehr viel mehr, sanktionsfrei und nicht abziehbar vom Elternregelsatz. Wir wollen, dass der Senat sich dafür auf Bundesebene einsetzt, auch weil er die Regierung des Bundeslandes mit der höchsten Kinderarmut ist“ (Bremer Wahlprogramm, S. 33).

**Altersgrundsicherung:**

„Wir fordern eine solidarische Rentenversicherung, die alle Frauen und Männer in eine paritätisch finanzierte, gesetzliche Rentenversicherung einbezieht, sowie eine solidarische Mindestrente im Rahmen Rentenversicherung, um Altersarmut zu verhindern. Die solidarische Mindestrente speist sich zum einen aus den eigenen beitragsbegründeten Rentenansprüchen und zum anderen aus Steuermitteln für diejenigen, deren Einkommen und Vermögen zu einem Leben unterhalb der Armutsgrenze führen würden“ (Parteiprogramm, S. 43).

#### **Bedarfsgerechte und sanktionsfreie Mindestsicherung / Hartz IV:**

„... Wir fordern daher: Hartz IV muss weg. DIE LINKE fordert stattdessen ein am vergangenen Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld, mindestens aber eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet. Dazu gehören die Abschaffung der Sanktionen, der Sonderregelungen für junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr, der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften und die Einführung des Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen“ (Parteiprogramm, S. 44).

#### **Zum Bedingungslosen Grundeinkommen:**

„Teile der LINKEN vertreten darüber hinaus das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir weiterführen“ (Parteiprogramm, S. 44).

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Bedingungsloses Grundeinkommen der LINKEN** ist sehr tüchtig und hat aus meiner Sicht sehr gute Konzepte entwickelt. Mehr über ihre Arbeit erfahren Sie hier:

<https://www.die-linke-grundeinkommen.de/nc/grundeinkommen/aktuell/>

Das Von der BAG Grundeinkommen entwickelte LINKE Konzept zum Grundeinkommen finden Sie hier: <https://www.die-linke-grundeinkommen.de/nc/konzept/>

#### **Meine persönliche Einschätzung:**

Ich fand das Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens früher sehr attraktiv und schätze die Ausarbeitung der BAG LINKE sehr. Wenn Bedingungsloses Grundeinkommen, dann so. Ich verstehe auch nach wie vor die Vorteile, die die Vertreter\*innen mit diesem Konzept verbinden. Trotzdem bin ich inzwischen zurückhaltender geworden. Der Hauptgrund ist der Folgende: neben einem solidarischen und wirklich bedarfsdeckenden Grundeinkommen gibt es auch neoliberale Spielarten dieses Konzepts. Sie laufen darauf hinaus, dass jede Person im Monat einen knappen Geldbeitrag überwiesen bekommt und danach zusehen muss, ob sie damit zurechtkommt oder nicht. Die Gesellschaft hat damit ihre soziale Pflicht getan – Leute, die damit nicht zurecht kommen, sind selber schuld. Die sind dann halt nicht tüchtig genug. Weitergehende Unterstützungsleistungen, sagen wir bei Arbeitssuche, Fortbildung, besonderen Lebensumständen etc. fallen weg. Da finde ich die bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung, wie sie die LINKE offiziell fordert und anstrebt, besser. Ich sehe die Gefahr, dass wir in Deutschland tatsächlich ein bedingungsloses Grundeinkommen bekommen können. Dann allerdings nicht so, wie es sich die BAG der LINKEN ausgedacht hat, und wie es auch von Ihrem Netzwerk vertreten wird, sondern so, wie es sich die FDP und andere neoliberale Kreise vorstellen. So ein Ergebnis z.B. einer Volksabstimmung fände ich äußerst gefährlich.

Mit solidarischen Grüßen

Jan Restat